



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

*: Deutschland und England : eine Abrechnug

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Deutschland und England

Eine Abrechnung

Eine angesehenere englische Zeitschrift, die National Review, hat die Freundlichkeit gehabt, uns den Abzug eines Artikels aus ihrem Novemberheft zu übersenden mit dem Zusatz, daß er für uns vielleicht von Interesse sein dürfte. Das ist er nun in hohem Grade, wir quittieren also dankend den Empfang und wollen unsern Dank auch dadurch abtatten, daß wir genauer auf den Aufsatz eingehn und ihn mit unsern freimütigen Bemerkungen begleiten. Es liegt uns nämlich sehr viel daran, uns mit unsrer Kollegin an der Themse möglichst zu verständigen, und dazu ist Offenheit das beste Mittel. Die National Review, die offenbar die deutsche Presse aufmerksam verfolgt, weiß vermutlich, daß die Grenzboten keineswegs „englandsfeindlich“ sind. Sie haben mit ihrem Urteil über den unseligen südafrikanischen Krieg niemals zurückgehalten und gedenken es auch jetzt nicht zu thun, aber in das alltägliche Geschrei eines Teils der deutschen Presse, die jeden kleinen Erfolg der Buren mit Jubel, jede englische Schlappe mit schadenfrohem Hohn begrüßt, haben sie niemals eingestimmt, und sie haben unter anderm in einem Artikel, der den laufenden Jahrgang einleitete, ausdrücklich darauf hingewiesen, wieviel Deutschland mit England verbinde, und wie es ein Unglück ersten Ranges für beide sein würde, wenn sie jemals mit den Waffen aufeinanderstoßen sollten. Aber die National Review wird es, weil sie selbst englische Interessen nachdrücklich vertritt, den Grenzboten nicht verargen, wenn sie deutsche Interessen wahren, so gut sie es verstehn und können, aus eigner, wohlervogner Überzeugung, nicht auf einen „Wink“ von oben.

Also zur Sache. Der mit einer für uns bedeutungslosen Chiffre gezeichnete, aber offenbar von kundiger, wohlunterrichteter Seite herrührende Artikel führt die Überschrift British Foreign Policy; er giebt zunächst eine Kritik der bisherigen englischen Weltpolitik und entwickelt dann ein voll-

ständiges Programm für ihre künftige Richtung. Beides aber wendet sich gegen Deutschland, und nur gegen Deutschland. Ein solches Maß von Mißtrauen, Übelwollen und Feindseligkeit, einen solchen völligen Mangel von Verständnis für unsre politische Entwicklung und unsre gegenwärtigen Ziele hatten wir von einem unterrichteten Engländer nicht erwartet. Der Verfasser sollte, was unsre politische Entwicklung betrifft, doch wissen, daß Preußen den Frieden von Basel 1795 nur deshalb schloß, weil eine österreichisch-russische Koalition, die über den ganzen Osten und Südosten von Europa die Würfel werfen wollte, ohne Preußen auch nur zu fragen, es aufs schwerste in seinen wichtigsten Interessen bedrohte, daß es also, wenn es an seinen Bundesgenossen das beging, was die *National Review* einen „Verrat“ (treason) zu nennen beliebt, zuvor von seinem Bundesgenossen Österreich „verraten“ worden war. Wir erlauben uns die Gegenfrage, ob der Abfall Lord Butes vom Bündnisvertrage mit Friedrich dem Großen 1761, der den König an den Rand des Verderbens brachte und vor allem damit motiviert war, daß England seine Kriegsbeute, Kanada, schon in Sicherheit gebracht hatte, nicht etwas viel schlimmeres gewesen ist. Doch das nur nebenbei. Aber aus dem, was über die Neugestaltung Deutschlands seit 1862 gelegentlich gesagt wird, glauben wir wieder die freundliche Stimme Lord Palmerstons zu hören, der 1849 die schwarzrotgoldne Flagge auf der Nordsee als Seeräuberflagge zu behandeln drohte, und die Cheers, mit denen das englische Unterhaus den angeblichen dänischen „Sieg“ über das österreichisch-preußische Geschwader Tegetthoffs bei Helgoland am 9. Mai 1864 begrüßte. Denn die *National Review* sagt: „Binnen zehn Jahren folgten rasch hintereinander die Annexion der Elbherzogtümer durch Preußen, Bismarcks Angriff auf Österreich und die Losreißung Elsaß-Lothringens von Frankreich, eine Reihe von Ereignissen, die nicht nur den friedliebenden Kontinent in etwas wie ein Kriegslager umwandelten, sondern auch ein einiges Deutschland schufen, das, nachdem es seinen militärischen Ehrgeiz befriedigt hat (exhausted), jetzt darauf ausgeht, neue Welten am Ozean zu erobern, und das seine Größe nur errungen hat, indem es seine Nachbarn niedertrat“ (by trampling on her neighbours). Also: wenn sich ein großes, politisch jahrhundertlang zerrissenes Volk — in zwölfter Stunde! — im mühsamsten Ringen einigt, wenn es dabei die halbfremde Macht, die, lediglich in ihrem eignen Interesse, diese Einigung hinderte, hinausdrängt und Gebiete, die früher deutsch gewesen, aber in Zeiten der Schwäche verloren gegangen waren, den Fremden entreißt, Schleswig-Holstein den Dänen, einem kleinen, aber übermütigen und zähen Feinde, Elsaß-Lothringen den Franzosen, die Deutschland jahrhundertlang beraubt und zuguterlezt auch noch heimtückisch überfallen hatten, weil ihnen die werdende deutsche Einheit gefährlich schien; wenn die Deutschen also das einigermaßen wiederhergestellt haben, was sie im Mittelalter schon einmal besessen hatten und nicht aufgeben konnten, ohne als Nation unterzugehen, ein nationales Gemeinwesen, dann ist das militärischer Ehrgeiz, Eroberungsfucht, Niedertrötung der Nachbarn, dann hat Deutschland dem friedliebenden Europa einen bewaffneten

Frieden aufgezwungen; denn vor der Entstehung des Deutschen Reichs hat es in Europa bekanntlich so gut wie keine Kriege gegeben, wenn man vom Dreißigjährigen Kriege, den Raubkriegen Ludwigs XIV., dem spanischen Erbfolgekriege, dem Nordischen Kriege, den schlesischen Kriegen, den Napoleonischen Feldzügen und einigen andern kleinen Zusammenstößen absieht. Es ist schwer, die heftigen Worte zu unterdrücken, die uns angesichts eines solchen Maßes von falschem Urteil in die Feder kommen, aber wir wollen es thun. Nur konstatieren wir: erst seit der Neugründung des Deutschen Reichs, seit dreißig Jahren, ist der Friede des europäischen Kontinents außer durch lokalisierte Kriege auf der Balkanhalbinsel nicht mehr gestört worden. Wir geben allerdings zu: der Schein ist bei unsern eignen Einheitskämpfen gegen uns. Denn die eine, unter den Hohenzollern in Preußen schon geeinte Hälfte der Nation mußte der andern die Vorbedingungen der Einheit mit den Waffen aufzwingen, mußte sie erobern; aus einer großen, einmütigen Volksbewegung, wie die Einheit Italiens, ist die Einheit Deutschlands leider nicht erwachsen. Aber die deutschen Einzelstaaten waren niemals „Nationen,“ nicht einmal Stämme, sondern Bruchstücke von Stämmen, sie hatten auf souveräne Existenz niemals ein historisches Recht, sie datierten ihre Scheinsouveränität erst von 1806 und verdankten sie lediglich der Willkür eines fremden Eroberers. Doch wir wollen versuchen, diese für einen Ausländer nicht so leicht verständlichen Verhältnisse sozusagen ins Englische zu übersetzen. Bekanntlich ist das britische Königreich, the United Kingdom, eine Vereinigung früher selbständiger Einzelstaaten, so gut wie Frankreich, Spanien, Rußland u. a. m. Sogar das eigentliche England zerfiel lange in sieben selbständige Königreiche, ihm ist Schottland erst 1707, Irland erst 1801 einverleibt worden, und an Waffengewalt hat es dabei wahrhaftig nicht gefehlt, so wenig wie bei der Gründung andrer großen Nationalstaaten, nicht nur im frühen Mittelalter, sondern auch späterhin, nicht gegenüber dem keltischen Irland, das eine Eroberung des englischen Schwertes ist und mehrmals, von Cromwell wie von Wilhelm III., mit blutiger Gewalt hat niedergeworfen werden müssen, ohne daß es doch jemals gelungen wäre, die Iren wirklich mit den verhaßten „Sachsen“ zu versöhnen, nicht gegenüber Schottland, dessen tapfre, hochländische Clans sich noch 1745 gegen England erhoben und nur mit grausamer Härte niedergezwungen werden konnten. Gewiß, England mußte so handeln, wenn es bestehen wollte, aber macht es einen sachlichen Unterschied, ob das alles im neunten, zwölften, siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert geschah, oder, wie in Deutschland, leider erst in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts? Und was würden die Engländer sagen, wenn wir ihnen raten wollten: Gebt doch Irland frei, es will nichts von euch wissen, denn es ist gar nicht einmal angelsächsisch, sondern größtenteils keltisch, nicht protestantisch, sondern meist eifrig katholisch? Sie würden diese Zumutung mit berechtigter Entrüstung zurückweisen; sie haben der vielgeplagten Insel nicht einmal das Maß von Selbständigkeit gewährt, das jede preußische Provinz hat, geschweige die Stellung auch des kleinsten deutschen Einzelstaats oder des Reichslands Elsaß-

Lothringen. Mit demselben Grunde weisen wir den Vorwurf zurück, wir hätten Schleswig-Holstein von Dänemark, Elsaß-Lothringen von Frankreich „losgerissen“; zurückgenommen haben wir unser entfremdetes Eigentum! Mit welchem Rechte will man uns mißgönnen, was man bei andern Völkern, die ihre Staatseinheit früher gegründet und befestigt haben als wir, ganz selbstverständlich findet?

Wenn die *National Review* schon unsre moderne Entwicklung nicht verstehen will, so tritt sie der ganzen deutschen Politik der Gegenwart mit demselben Mangel an Billigkeit, ja mit den schwersten Anklagen gegenüber. Daß sich die Engländer über die lebhaften deutschen Sympathien für die Buren ärgern, ist ganz begreiflich; wir haben uns seiner Zeit auch über englische Kundgebungen und manches noch ganz andre zu Gunsten der Dänen und Franzosen Geschehne geärgert, und wir regen uns über Ausdrücke wie „unwissende Verwünschung und politische Gereiztheit der zivilisierten Welt“ (*ignorant execration and the political animosity of the civilised world*) gegen England und den „boßhaften Eifer derer, die wohl verwunden wollten, aber sich fürchteten zu schlagen“ (*the zealous malignity of those who were willing to wound, but afraid to strike*) nicht weiter auf. Aber der Verfasser verkennt den Charakter dieser allerdings in Deutschland sehr starken antienglischen und burenfrendlichen Strömung. Gewiß, die englische Politik ist in Deutschland seit mindestens vierzig Jahren keineswegs beliebt, aber nicht daraus und überhaupt nicht aus politischen Erwägungen fließt die gegenwärtige populäre Antipathie gegen England, sondern überwiegend aus rein menschlichen Motiven. Die Mehrzahl der Deutschen (wie der ganzen zivilisierten Welt außerhalb Englands) sieht eben in dem Kriege die Vergewaltigung eines kleinen, schwachen, obendrein stammverwandten Volks von ein paar mal hunderttausend Menschen durch eine Weltmacht, die ihre Unterthanen nach Hunderten von Millionen zählt, obendrein zu Gunsten eines raubgierigen Kapitalistentums, und die Sympathie für die Schwachen ist immer ein Kennzeichen edler Völker gewesen. Wir wissen recht wohl, in welcher Zwangslage England jetzt in Südafrika ist, und wir achten die Zähigkeit und die Einmütigkeit der Nation, die für ein als notwendig erkanntes Ziel fortgesetzt die größten Opfer bringt, aber woher sollen die Sympathien für sie kommen? Politische Bedeutung hat diese deutsche Burenfrendlichkeit übrigens bis jetzt nicht gewonnen; unsre Reichsregierung ist zu stark, als daß sie sich von ihr fortreißen ließe; ja der Kaiser hat sich selbst vor einer so durchaus unpopulären Maßregel, wie die Weigerung, den Präsidenten Krüger zu empfangen, doch war, nicht gescheut, weil er zu ehrlich war, auch nur die leiseste Hoffnung auf deutschen Beistand in dem Oberhaupte des unglücklichen Volks zu erwecken.

Höchst gefährlich erscheint der *National Review* sonderbarerweise der Alldeutsche Verband (*the Pangermanic League*), eine Körperschaft „ehrgeiziger Träumer (*ambitious dreamers*), die von der deutschen Regierung die zärtlichste Beachtung erfährt (*a body most tenderly regarded by the German Government*).“ „Du lieber Gott, werden die wackern Patrioten vom Alldeutschen

Verbande, wenn sie diese Wendung lesen sollten, seufzen, wenn dem doch so wäre! Aber leider ist es keineswegs so. Graf Bülow will von uns nicht viel wissen und hat unserm Führer am 12. Dezember vorigen Jahres eine sehr deutliche Absage erteilt, wegen deren wir ihm recht böse gewesen sind.“ In der That, der Alldeutsche Verband ist, was man vielleicht bedauern kann, noch keine Macht im deutschen Leben, und was er erstrebt, ist nichts eigentlich Politisches. Er will nur das Gefühl der nationalen Gemeinschaft zwischen den Deutschen im Reiche und denen jenseits der Grenze, namentlich in Österreich, stärken, und er rechnet zu den Deutschen allerdings auch die Niederländer, die sich bekanntlich erst seit dem siebzehnten Jahrhundert von der Gesamtheit der Nation abgezweigt haben und bis dahin nichts weiter gewesen sind als ein niederdeutscher Stamm so gut wie etwa die Westfalen, nichts weiter. Und dieser Alldeutsche Verband soll eine „russenfeindliche Politik“ verfolgen und den Bestand Österreichs bedrohn! Unser englischer Herr Kollege verwechselt hier slavisch und russisch und scheint gar nichts davon zu wissen, daß wir Deutschen im Reiche wie in Österreich gegenüber einer slavischen Hochflut im Verteidigungszustande sind, keineswegs im Angriff; das Unfrige zu behaupten, die Früchte einer vielhundertjährigen Kulturarbeit uns von unentwickelten Völkern, die ihr sogar ihre junge Kultur erst verdanken, nicht nehmen zu lassen, das wird er uns wohl erlauben. Oder hat er schon vergessen, daß die Beschwerden der Uitlanders in Transvaal über Rechtsverkürzung durch die Burenregierung für England den Anlaß zum südafrikanischen Kriege gegeben haben? Ähnliche Bestrebungen giebt es doch überall. Von dem Panславismus sehen wir dabei noch ganz ab, denn er geht weit über die Grenzen des russischen Volks hinaus, kann also mit dem Alldeutschen Verbande gar nicht verglichen werden; aber auch die italienische Società Dante Alighieri will die nationalen Bande mit den im Auslande lebenden Italienern befestigen, vielleicht zum Ärger der Engländer auch mit den italienischen Maltesern, denen man jetzt das Englische als Amtssprache aufdrängen will. Wir wollen hier die englische Imperial Federation League und die British Empire League nicht zum Vergleich heranziehen, denn ihr Ziel ist die engere politische Verbindung zwischen den lose zusammenhängenden Teilen des britischen Reichs, und die Kolonien stehn eben auch unter englischer Herrschaft; aber die Stärkung des angelsächsischen Gesamtbewußtseins erstrebt sie doch auch, und wenn die Deutschen Österreichs oder die Niederländer politisch jetzt vom Kerne der Nation getrennt sind, so sind sie jahrhundertlang mit ihm nicht nur politisch verbunden, sondern Glieder des nationalen Körpers gewesen und darum mit ihm durch Geschichte und Kultur viel enger verwachsen als die jungen englischen Kolonien mit dem Mutterlande. Wir denken gar nicht daran, Österreich, die Schweiz, Holland zu annektieren, aber jene Beziehungen werden und dürfen wir niemals aufgeben, darüber sind alle denkenden Deutschen einig, auch wenn sie nicht dem Alldeutschen Verbande angehören.

Das Wichtigste, was der Artikel gegen Deutschland vorbringt, sind die Anklagen gegen die deutsche Politik der Gegenwart. Wie tief das kaiserliche

Telegramm an den Präsidenten Krüger vom 3. Januar 1896 die Engländer verlegt hat, ergibt sich auch aus diesen Darlegungen. Der Verfasser nennt das Telegramm, das den Präsidenten zur Abwehr eines Freibeutereinfalls beglückwünschte, „eine unfreundliche Handlung“ (an unfriendly act), wie denn bekanntlich der Hofdichter Austin, der Nachfolger des poeta laureatus Alfred Tennyson, diesen Jameson Raid in einer schwungvollen Dichtung gefeiert hat. Damit gestehn die Engländer also offen ein, was unser Kaiser offenbar damals noch nicht voraussetzte, daß hinter dieser unter allen Umständen völkerrechtswidrigen Handlung, die den Buren unzweifelhaft das Recht gegeben hätte, ihre Teilnehmer und wenigstens ihre Führer kurzweg als Banditen zu füsiliieren, wie die Regierung von Honduras 1860 den nordamerikanischen Flibustier William Walker erschießen ließ, nicht nur eine Gesellschaft, sondern, wenn nicht die englische Regierung, so doch die englische Nation gestanden hat. Ein erbauliches Geständnis! Gesezt den Fall, es wäre in der Zeit der Fenier und der Mondscheinker einer irisch-amerikanischen Freibeuterbande gelungen, an der Küste Irlands zu landen, englische Truppen hätten sie gefangen genommen, und der König von Preußen hätte der befreundeten Regierung gratuliert, wie würde die englische Presse den ritterlichen Herrscher gepriesen haben! Wenn aber sein Nachfolger dasselbe gegenüber einer ebenfalls befreundeten, nur leider nicht englischen Regierung thut, so ist das „eine unfreundliche Handlung“ gegen England, nur weil die Freibeuter Engländer waren. Dem sei nun, wie ihm wolle; die Schlußfolgerungen, die in der National Review an das kaiserliche Telegramm geknüpft werden, sind falsch. Sie sagt, es sei „nicht das Erzeugnis einer unbedachten zornigen Aufwallung über den Zug Jamesons“ (not the offspring of an unpremeditated impulse of resentment against the Jameson Raid), sondern „ein wohl überlegter Schritt“ gewesen, um festzustellen, wie weit Deutschland bei der Bildung einer antibritischen Verbindung auf die Unterstützung Frankreichs und Rußlands rechnen könne (a deliberate effort to ascertain how far Germany could reckon on the support of France and Russia in forming an anti-British combination), und sie beruft sich dafür auf Graf Bülow's Reichstagsrede vom 12. Dezember 1900, von der sie sich zu sagen untersteht: „Wir zweifeln, ob sich die Geschichte in den Beziehungen zwischen Großmächten eines unverschämtern Bekenntnisses einer unfreundlicheren Handlung erinnert“ (we doubt whether history records in the relations between great Powers a more impudent avowal of a more unfriendly act). Der Reichskanzler hat dort aber nur gesagt, indem er das Telegramm den korrekten Ausdruck eines richtigen Empfindens für das Völkerrecht nannte, es habe das Verdienst gehabt, „durch die Aufnahme, die es fand, nicht in Deutschland, sondern außerhalb, die Situation für uns insofern aufzuklären, daß diese Aufnahme keinen Zweifel darüber ließ, daß wir im Falle eines Konflikts mit England in Afrika auf unsre eigne Kraft, und allein auf unsre eigne Kraft angewiesen sein würden.“ Das heißt also: das Telegramm war kein ballon d'essai, es ging wirklich aus der unmittelbaren berechtigten Empfindung des Kaisers hervor, aber es erregte, was wir verständigerweise nicht erwarten

konnten, einen solchen Sturm der Entrüstung in England, daß wir uns der Gefahr eines Bruchs gegenüber sahen, und als wir, was uns doch wohl erlaubt sein mußte, uns umsahen, wo wir etwa Hilfe finden könnten, da wir mit unsrer einzigen Linien-Schiffsdivision doch nicht gegen ganze Geschwader fechten konnten, da machten wir die angenehme Erfahrung, daß wir allein bleiben würden. Nicht Deutschland wollte England angreifen, sondern England wollte Deutschland angreifen, weil — der Kaiser seine Freude über das Mißlingen eines völkerrechtswidrigen englischen Freibeuterzugs ausgesprochen hatte. In puncto der nationalen Ehre ist man eben jenseits des Kanals sehr empfindlich.

Aber der Kaiser hat gelegentlich (in Stettin) gesagt: „Unsre Zukunft liegt auf dem Wasser,“ und der Zweck des deutschen Flottengesetzes ist eingestandenmaßen, uns in den Stand zu setzen, „die Nordsee frei zu halten“ (to keep the North Sea clear). Hinter jener „geschwollenen Phrase“ (swelling phrase; immer höflich!) steht die National Review den Voratz, England seine Alleinherrschaft zur See zu entreißen, und durch den deutschen Adler den Union Jack zu ersetzen als Sinnbild der Seegewalt. Aber l’océan ne comporte qu’un seul maître. Wir wissen nicht, von wem diese in der That „geschwollne Phrase“ her stammt, aber wir können ihre Richtigkeit nicht anerkennen, mag sie gebraucht haben, wer da will. Die englische Vorherrschaft zur See ist knapp hundert Jahre alt, denn sie besteht erst seit der Vernichtung der französisch-spanischen Flotte bei Trafalgar 1805. Im achtzehnten Jahrhundert hielt die französische Marine der britischen annähernd das Gleichgewicht, und ebenso im siebzehnten bis zur Schlacht von La Hogue 1692. Die holländische Seegewalt hat etwa fünfzig Jahre gedauert, und die spanische, die 1588 zu Grunde ging, kaum so lange. In den spätern Jahrhunderten des Mittelalters beherrschte die deutsche Hanse widerspruchlos die nordischen Meere, als von einer englischen Flotte noch gar keine Rede war, Venedig und Genua geboten im Mittelmeer. Es gab also Zeiten, wo nicht nur keine englische Seeherrschaft bestand, sondern wo mehrere ebenbürtige Seemächte nebeneinander standen, und Britannia rules the waves nicht kraft irgend welches natürlichen Rechts, sondern kraft seiner Macht, die es in seinem Interesse entfaltet. Wir lassen dahingestellt sein, ob das ein naturgemäßer oder nur wünschenswerter Zustand ist, ob nicht ein Gleichgewicht zur See den Vorzug verdiente, wie sich ein solches Gleichgewicht zwischen den Mächten des europäischen Festlandes längst durchgesetzt hat und durch die Begründung des Deutschen Reichs nicht gestört, sondern befestigt worden ist, und wir konstatieren, daß sich schon heute auch zur See und in den Weltverhältnissen ein solches Gleichgewicht anbahnt. Noch ist die englische Marine die erste der Welt und einer Koalition mehrerer Seemächte gewachsen, aber die absolute Herrin des Ozeans wie nach 1805 ist sie nicht mehr, seitdem außer Frankreich auch Rußland, Deutschland, Italien, Nordamerika und Japan Kriegsfлотten entwickeln, die zusammen doch schon stärker sind als die englische. Sie werden natürlich niemals zusammen gegen England wirken, aber das wird die englische Staatskunst und die Verschiedenheit der Interessen verhindern, nicht die englische

Flotte. Wenn Deutschland an dieser Bewegung teilnimmt, weil es muß, strebt es deshalb danach, an Englands Stelle zu treten und das Szepter des Weltmeers an sich zu reißen? Eine solche Thorheit uns zuzutrauen und den Ausdruck eines solchen Strebens in den auf unsre wirtschaftliche Ausbreitung zielenden Worten des Kaisers zu finden, dazu gehört ein seltnes Maß von Verblendung und Nervosität. Worüber man im selbstbewußten Rußland seiner Zeit natürlich kein Wort verloren hat, die Reorganisation der preußischen Armee seit 1859, also die Verdopplung ihrer Kriegsstärke, das erregt, auf die junge deutsche Seemacht übertragen, bei den Engländern bange Gespensterfurcht, und wir zweifeln keinen Augenblick an ihrem guten Willen, unsrer Flotte dasselbe Schicksal zu bereiten, das sie der dänischen durch den rechtlosen Überfall Kopenhagens 1807 bereitet haben, wenn ihnen Gelegenheit geboten würde. Aber sie mögen sich beruhigen: der deutschen Politik liegt das ihr zugeschriebene Ziel vollkommen fern. Das freilich mag man in England als ihren festen Willen betrachten: unsre Nordsee gedenken wir zu behaupten, auch um den Preis einer großen Seeschlacht, gegen jede Macht.

Aber wir sind auch sonst von höchst sträflichem Ehrgeiz besessen. Wir haben schon seit längerer Zeit den Gedanken, die ganze asiatische Türkei vom Bosphorus bis zum Persischen Golf unsrer Herrschaft zu unterwerfen, um dort hin den Strom unsrer Auswanderer abzuleiten, der jetzt nach den Vereinigten Staaten und den britischen Kolonien geht. Unzweifelhaft hat Deutschland auch den Sultan aufgestachelte, das kleine bisher unabhängige Sultanat Koweit, das zum Endpunkte der Bagdadbahn auserselien ist, zu besetzen, und nur Englands schützende Hand hat dieses freche Attentat auf diesen bieder souveränen Scheichs uneigennützig verhindert! Nun, eine deutsch-französische Gesellschaft hat in Kleinasien ein ansehnliches Bahnnetz gebaut und gedenkt es bis Bagdad fortzusetzen; sie stellt deutsche Beamte an, bezieht deutsches Material, und es entstehen wohl hier und da längs der Bahnlinie kleine deutsche Niederlassungen. Aber von deutschen Ackerbaukolonien ist bei den sehr schwierigen islamitischen Bodenrechtsverhältnissen noch gar keine Rede, und wenn solche auch mit der Zeit entstehen sollten, so würden sie doch die türkische Herrschaft nicht zerstören. Die ganze deutsche Orientpolitik geht doch darauf aus, das türkische Reich wenigstens in Asien, wo nicht mohammedanische Minderheiten über weit stärkeren christlichen Mehrheiten sitzen, so lange als möglich zu erhalten und also wirtschaftlich wie militärisch möglichst zu stärken, um ganz unabsehbare Katastrophen abzuwenden oder wenigstens hinauszuschieben. Was eine ferne Zukunft bringen wird, das kann niemand wissen, und für eine solche kann sich niemand verpflichten; die praktische Politik wird für den Tag gemacht. Im übrigen aber: was geht es die Engländer an, was wir in Kleinasien treiben? Haben wir sie etwa gehindert, Ägypten, Birma u. a. m. zu „okkupieren“? Gehört denn alles zur englischen Interessensphäre, was noch nicht im Besitz Englands ist?

Das Stärkste aber leistet unsre englische Kollegin in einer Bemerkung über die chinesische Politik Deutschlands. „Wir zweifeln, ob es im ganzen

diplomatischen Verkehr möglich sein würde, auf das Verhalten einer Großmacht zur andern in seiner Illoyalität mit dreifachem Cynismus hinzuweisen, als auf das Benehmen Deutschlands gegenüber England, das Graf Bülow das Sanktseabkommen zu taufen beliebte" (to point to the behaviour of one great Power to another more audaciously cynical in its disloyalty than the conduct of Germany to England, over what Count von Bülow has been pleased to christen the Yangtse Agreement). Bekanntlich verpflichteten sich am 16. Oktober 1900 beide Mächte, alle See- und Flußhäfen Chinas, soweit sie unter ihrem Einflusse stünden, für alle Nationen offen zu halten und „den Territorialbestand des chinesischen Reichs unverändert zu erhalten,“ so lange eine andre Macht nicht für sich „territoriale Vorteile“ erstrebe. Als Zweck dieses Abkommens bezeichnete Graf Bülow am 19. November 1900 im Reichstage den Schutz des deutschen Handels in Südhina. Kann man offener, loyaler handeln und reden? Die Engländer werden uns doch wohl erlauben, das zu thun, was wir zum Schutz unsrer Interessen für nötig halten. Ihr Ärger entspringt sehr einfach aus der schweren Enttäuschung, die dieses Sanktseabkommen ihnen allerdings bereitet zu haben scheint, da es ihre wohlwollende uneigennütige Absicht, das Sanktsegebiet, den besten Teil Chinas, allein unter ihre Fittiche zu nehmen, ungefähr wie Rußland die Mandschurei, vereitelt hat, und aus dem selbständigen, ja führenden Auftreten Deutschlands in den chinesischen Wirren, das in der That über unsre augenblickliche Seegewalt insofern hinausging, als wir, was ja nicht ohne Bedenken war, unsre einheimischen Gewässer von Linien Schiffen beinahe entblößen mußten. Über diesen durchaus begreiflichen Ärger vergißt man in England natürlich, wie sehr diese starke Machtentfaltung Deutschlands den Interessen auch Englands zu gute kam, das, mit seiner gesamten Landarmee in Südafrika rettungslos festgenagelt, nur durch Deutschlands Hilfe in den Stand gesetzt wurde, das Gleichgewicht gegen Rußland zu behaupten, was es mit der Flotte allein und mit seinen meist asiatischen, obendrein schwachen Landtruppen gar nicht vermocht hätte. Es entspricht freilich durchaus englischem Brauch, Dienste, die eine andre Macht dem stolzen Albion, natürlich nicht nur in dessen Interesse, sondern zunächst im eignen leistet, als etwas ganz Selbstverständliches gnädig und ohne Dank anzunehmen.

Wenn nun die National Review mit solchen Äußerungen des Hochmuts und der Gespensterfurcht etwa den Versuch verbände, uns nachzuweisen, daß es für Deutschland gar kein wirtschaftliches Bedürfnis sei, eine See- und Weltmacht zu werden, daß wir also am besten thäten, zu Hause, in Europa zu bleiben und den andern, vor allem den Engländern, die Welt zu überlassen, wie wir das so artig und bescheiden dreihundert Jahre lang gethan haben, so ließe sich darüber allenfalls reden. Aber Gott bewahre! Die National Review erkennt vollkommen „die Thatsache“ an, „daß dieses furchtbare Gemeinwesen [Deutschland] in wachsendem Maße von fremder Zufuhr sowohl an Lebensmitteln als an Rohstoffen und teilweise an Industrieerzeugnissen abhängig wird“ (that this formidable community is becoming in-

creasingly dependent on a foreign food supply, as on foreign supplies of raw and partially manufactured articles), daß Deutschland sich aus einem Ackerbau- in ein Industrieland zu verwandeln im Begriffe steht, und daß es, „wenn dieser Prozeß noch ein Vierteljahrhundert ungestört weiter geht, für sein Wohlbefinden von den Hochstraßen zur See nicht weniger abhängig sein wird, als wir es sind“ (if the process continues for another quarter of century, she will become no less dependent on the ocean highways for her prosperity than we are). Also ungefähr die Begründung des deutschen Flottengesetzes von 1900! Trotzdem möchte uns die National Review alle Türen vor der Nase zuschlagen. Wenn das nicht ein „dreister Chynismus“ ist, dann giebt es keinen. Übrigens mag man sich in England nicht unsern Kopf zerbrechen. Deutschland ist keine Insel, die man durch eine Blockade aushungern könnte, wie England, und wir haben gar keine Neigung, ein Industrie- und Handelsvolk nach englischem Muster zu werden. Für ein zweites derart hat die Welt gar keinen Raum, und wir wollen uns eine blühende Landwirtschaft, einen kräftigen Grundbesitzerstand aus wirtschaftlichen wie aus sozialen Gründen erhalten. Die Vernichtung des Bauernstands und des Ackerbaus, die Verwandlung des größten Teils des offenen Landes in grundherrliche Viehweiden, Jagdgründe, Parks und „Schaudörfer“ (show villages), die sich in England vollzogen haben, gilt uns als eine kaum weniger krankhafte, unnatürliche Entwicklung, als die künstliche Verödung der römischen Campagna, keineswegs als ein erstrebenswertes oder auch nur erträgliches Ziel.

Um nun das bedrohliche Wachstum Deutschlands zur See- und Weltmacht aufzuhalten, hat England nach der National Review nicht nur nichts gethan, sondern hat es selbst sogar gefördert. Zwar die Ansicht, die Gladstone, the great old man, noch 1873 aussprach und Disraeli damals teilte, es sei am besten, wenn England seine Kolonien, diesen „Mühlstein um unsern Hals,“ möglichst bald los würde, ist längst überwunden; die Kolonien, diese „glänzenden jungen Nationen,“ setzen heute ihren Stolz in die Verbindung mit dem Mutterlande (Mother Country), ihre Vertreter paradierten 1897 vor der Königin bei ihrem sechzigjährigen Regierungsjubiläum, und sie sandten 1899 ihre Truppen nach Südafrika. „Das britische Reich hatte sich selbst wiedergefunden.“ Darum „kann die Aufmerksamkeit seiner Staatsmänner nicht mehr länger ausschließlich den häuslichen Angelegenheiten zweier kleiner Inseln gewidmet sein, sondern wir müssen hinfort in allen politischen Fragen nicht nur die Interessen, sondern auch die Gefühle des Volks von Greater Britain berücksichtigen“ und „danach unsere auswärtige Politik einrichten.“ Dies ist bisher viel zu wenig geschehn, England ist namentlich gegenüber Deutschland viel zu entgegenkommend gewesen. Es hat den [angeblichen] Versuch Deutschlands, Europa gegen England in Bewegung zu setzen (1896), „mit einem englisch-deutschen Abkommen vergolten, das ihm [Deutschland] die Anwartschaft auf weite Gebiete [des portugiesischen Afrikas] sicherte, auf die es nicht den Schatten eines Anspruchs hat“ (rewarded for failing to raise Europe against us by an Anglo-German agreement securing to her the reversion to spacious terri-

tories to which she has no sort of claim), und Kaiser Wilhelms „ertragreicher Besuch“ (fruitful visit) in England verschaffte ihm „dieses huldvolle Zugeständnis unsers Anteils an Samoa“ (the graceful concession on our part of Samoa). Hier können wir das einzige Wort, das hierher paßt, nicht in der Feder zurückhalten; wir nennen das auf gut deutsch eine „Unverschämtheit“ und überlassen es den Engländern, das mit impudence oder insolence zu übersetzen. Hat denn England über Portugiesisch-Afrika zu verfügen, und ist sein Anspruch darauf auch nur um einen Deut besser als der unsre? Hat es nicht für seinen kleinen Anteil an Samoa, den es jahrelang benutzt hatte, um uns dort Steine in den Weg zu werfen, eine recht ausgiebige Entschädigung empfangen? Nicht England hat uns damals ein „huldvolles Zugeständnis“ gemacht, sondern Kaiser Wilhelm ihm, indem er, der öffentlichen Meinung in Deutschland zum Trotz, nach England ging und so in dem Augenblicke, wo das Kriegsspiel in Südafrika für die englischen Waffen sehr schlecht stand, aller Welt zeigte, daß er nichts gegen England im Schilde führe. Und in der That eine graceful concession an dieses war der noch heute in Deutschland nicht verschmerzte Afrikavertrag vom 1. Juli 1890, der ihm Sansibar, Witu-land u. a. m. für den zerbröckelnden Sandsteinfelsen Helgoland überließ, einen ganzen Anzug für einen Hosenknopf, wie der Engländer Stanley damals höhniisch sagte.

Aber diese Politik der graceful concessions gegen Deutschland soll aufhören; England muß zurückkehren zu Lord Palmerstons Politik. Und nun entwickelt die National Review einen wohlbedachten Plan zu einer Verständigung zwischen England und Rußland. Im „näheren Osten“ (Near East) soll Rußland auf jede Einmischung in den status quo in Ägypten verzichten, England dagegen anerkennen, daß die Erfüllung der „historischen Mission“ Rußlands auf der Balkanhalbinsel nicht gegen ein britisches Lebensinteresse verstößt, und die Begünstigung [?] der deutschen Pläne in der asiatischen Türkei aufgeben (also ohne Umschweife gesprochen, die Türkei, abgesehen von Ägypten und Cypern, an Rußland ausliefern). In Persien und Zentralasien soll England den Russen einen Schienenweg nach einem Hafen am Persischen Golf öffnen, wogegen auch hier der status quo anerkannt werden soll. Im „äußersten Osten“ (Far East) muß England sein Einverständnis mit Japan als den „Schlußstein“ (keystone) seiner dortigen Politik pflegen, ihm also „eine ausschließliche Einflußsphäre“ (an exclusive sphere of influence) in Korea zugestehn, mit Rußland aber sich dahin verständigen, daß dieses seine Stellung in der Mandchurei und in der Mongolei durch unmittelbare Verhandlungen mit China regelt, England ebenso die seinige im Santschthal, beide mit der Verpflichtung, in diesen Gegenden keine Unternehmung einer dritten Macht zu unterstützen. So würde Rußland neutral bleiben im Falle eines deutsch-englischen, England im Falle eines deutsch-russischen Kriegs. Mit Frankreich würde England dadurch in bessere Beziehungen kommen, Italien, „das Lord Byron liebte, und dem Lord Palmerston so ergeben war“ (wie rührend!), ist sein „natürlicher Bundesgenosse“ wie Portugal, und sollte Öster-

reich einmal zusammenbrechen, so könnte sich Italien von den *disiecta membra* alles, was italienisch ist, aneignen. Ein solches Einverständnis zwischen England und Rußland würde — natürlich — „zum Vorteil der Zivilisation“ (for the advantage of civilisation) sein, und wenn Großbritannien zur Politik Cannings und Palmerstons zurückkehrte, nämlich „die Sache der bürgerlichen und der religiösen Freiheit und der Volksrechte energisch zu unterstützen“ (energetically support the cause of civil and religious liberty and popular rights in Europe), dann werde es seine Stimme auch für die Tschechen erheben und so „das wahre Interesse Österreichs fördern“ (also eine Prinzipienpolitik und Einmischung in fremde Angelegenheiten!).

Das ist ja alles wohl bedacht, doch wir fürchten, dieser offenbar für St. Petersburg bestimmte Versuchsballon hat nicht nur ein Loch, sondern deren mehrere. Aber diese werden die Russen schon selbst herausfinden, uns interessiert hier vor allem die Tendenz dieses Vorschlags. Er ist vor allem gegen Deutschland gerichtet, oder vielmehr nur gegen Deutschland. Deutschland soll vollkommen isoliert, von seinen Bundesgenossen getrennt und dann bei günstiger Gelegenheit überfallen werden. Die Überlegenheit, also der Sieg Englands zur See ist sicher, die deutsche Industrie, der deutsche Handel und die deutschen Finanzen würden sofort zusammenbrechen, und die Sozialdemokratie würde die allgemeine Not zur Erhebung benutzen. Mit diesem düstern Zukunftsbilde schließt der Aufsatz.

Was uns an alledem empört, das ist gar nicht die unverhüllte Feindseligkeit gegen uns. Diese überrascht uns nicht so sehr. Denn man haßt nur, was man fürchtet, und man fürchtet nur den Starken. Was uns empört, das ist vielmehr der Hochmut, eine Folge der, wie es scheint, ganz unüberwindlichen insularen Beschränktheit, und die Heuchelei, der echt englische *cant*. Aus beiden fließt eine Unbilligkeit des Urteils über Deutschland, die keinem andern Volke gegenüber angewandt wird. Wenn man uns drüben haßt und fürchtet, so mag man uns offen sagen: Ihr seid uns mehr im Wege, als jede andre Macht, denn ihr seid unsere gefährlichsten Konkurrenten. Man soll aber nicht mit zweierlei Maß messen, man soll nicht das, was man sich selbst und andern Völkern erlaubt, bei uns ehrgeizig, gewaltthätig, unverschämt, unehrlich und Gott weiß was noch alles finden. Wenn England Ägypten, den Sudan, Cypern, die Burenrepubliken usw. nimmt, so ist das ganz in der Ordnung; wenn Deutschland Samoa beansprucht und sich für gewisse, vielleicht niemals eintretende Fälle einen Anteil an Portugiesisch-Afrika zu sichern sucht, so ist das eine unverzeihliche Anmaßung. Rußland mag „seine historische Mission“ auf der Balkanhalbinsel, die ihm niemals gehört hat, ruhig verfolgen, Italien darf, wenn Österreich, das hoffentlich noch recht lange leben wird, zusammenbrechen sollte, Triest, Istrien, Dalmatien, das Trentino nehmen, denn Großmut auf fremde Kosten ist wohlfeil, aber wenn Deutschland in solchem Falle Deutschland, altes deutsches Reichsgebiet, an sich nehmen wollte, so könnte das England nicht dulden, „unter keinen Umständen aber leiden, daß die deutsche Flagge über der italienischen Stadt Triest flattert.“ Dabei wird das Miß-

trauen aller Mächte gegen Deutschland aufgeregt, ihnen vorgehalten, welchen schlechten Tausch sie machen würden, wenn die deutsche Seeherrschaft an die Stelle der britischen träte, wie wir dann freie Hand haben würden für „unsre feindselige Politik gegen Rußland.“ „Nieder mit Deutschland“ hätte die Aufschrift des Aufsatzes lauten müssen.

Wir bedauern eine derartige Sprache aufrichtig und lebhaft. Wir bedauern aus demselben Grunde das unverantwortliche und noch dazu völlig überflüssige Urteil, das Mr. J. Chamberlain, der Kolonialminister Sr. britischen Majestät, der Hauptvertreter des britischen Imperialismus, vor kurzem in einer Wählerversammlung über den grausamen Charakter der deutschen Kriegsführung 1870/71 gefällt hat. Auch hier wieder unwissender Hochmut und Cant! Die deutschen Truppen haben damals in Frankreich zuweilen einige Franktireurs standrechtlich erschossen und einige Dörfer, aus denen auf sie geschossen worden war, abgebrannt, aber sie haben niemals Frauen und Kinder der feindlichen Soldaten zu Tausenden in „Konzentrationslagern“ vereinigt, wo sie verkommen, sie haben niemals die Gefangnen, die aus Elsaß-Lothringen stammten, als Rebellen behandelt, wie Lord Kitchener mit den Buren thut, niemals das besetzte Land planmäßig verwüstet, um den Widerstand zu brechen, der wahrlich zäh genug war, sie haben ihre ritterlichen Feinde immer ritterlich behandelt. Überhaupt ist es eine Abgeschmacktheit, wenn Engländer den blutigen, endlosen Kleinkrieg, den mühsam zusammengebrachte, daheim verachtete Söldner aus den niedrigsten Klassen der Gesellschaft in Südafrika ergebnislos führen, vergleichen wollen mit dem glorreichen Siegeszuge unsers Volksheeres, des Volks in Waffen, unter Helden, denen England nichts, auch gar nichts an die Seite zu setzen hat.

Wie gesagt, wir bedauern das alles aufrichtig, so gut wie wir den Ton bedauern, den ein Teil der deutschen Presse zuweilen gegen England anschlägt. Durch beides kann die Stimmung in beiden Ländern allmählich so verbittert werden, daß es für beide Regierungen schwer wird, gegebenen Falls zusammenzugehen, wie es früher oft genug und jetzt wieder in China geschehn ist und wieder notwendig werden kann. Eine Zerstörung der britischen Macht liegt genau so wenig in unserm wahren Interesse wie eine Zerstörung des Deutschen Reichs im wahren Interesse Englands. Wir begreifen, daß die Existenz unsers Reichs und sein Aufstreben zur Weltmacht den Engländern unbequem ist, schon weil es etwas Neues, Ungewohntes ist, aber sie werden damit als mit einer unabänderlichen Thatsache rechnen müssen. Sie haben nur die Wahl, ob wir das, was wir brauchen, mit ihnen oder gegen sie durchsetzen sollen; durchgesetzt wird es, und auch vor Rußland und Nordamerika ist der Starke regelmäßig mutig zurückgewichen. Wir wollen gar nicht an die Stelle Englands treten, aber wir fordern als eine gleichberechtigte Macht, nicht als freche Eindringlinge behandelt zu werden. Wir haben große Achtung vor der englischen Kultur, aber wir stellen die deutsche nicht um einen Finger breit tiefer. Nicht eine einzige nationale Kultur und auch nicht nur zwei sollen die Welt beherrschen, sondern alle großen Kulturvölker sollen auch künftig die Weltkultur

bilden, damit ihre reiche Mannigfaltigkeit nicht untergehe in öder Einförmigkeit. Je eher man auch in England zu dieser Erkenntnis kommt, desto besser wird es für England sein und für die Welt. *



Über das Krankenversicherungsgesetz

(Schluß)



ch habe dargestellt, daß es Nachteile haben wird, wenn die Lücke zwischen der Krankenkassenfürsorge und der Hilfe der Invalidenanstalt ausgefüllt wird. Es fällt mir aber nicht ein zu leugnen, daß hiermit mindestens in ebenso viel Fällen großer Segen gestiftet werden wird. Viele Schwerkranke und viele Genesende werden die verlängerte Hilfe sehr nötig brauchen. Eine ganze Zahl von Kassen leistet ja auch schon diese Hilfe, manche unterstützen sogar bis zu einem Jahre. Wenn eine Lücke sein soll, so braucht sie ja auch nicht gerade bei der dreizehnten Woche zu beginnen. Erst die Veränderung des Invalideugesetzes hat ihre äußerste Grenze statt auf das Ende des ersten Jahres auf die sechsundzwanzigste Woche gelegt. Wenn die Ausfüllung der Lücke ein Fehler ist, so liegt er also in der Veränderung des Invalideugesetzes. Damals hätte man sich fragen müssen, ob es wohlgethan sei, das Gesetz mit dem nur willkürlich bestimmbareren Versicherungsfall an die Krankenversicherung ohne Karenzzeit anzuschließen.

Soll jetzt allen Krankenkassen aufgegeben werden, ihre Leistungen auszu dehnen, so ist das schließlich nicht mehr eine Prinzipienfrage, sondern eine Frage der Leistungsfähigkeit der Kassen, ob die größere Wohlthat die größere Belastung wert ist. Der Verfasser des oben zitierten Aufsatzes schätzt die Vermehrung der Kosten für eine Klasse, die ihre Leistungen von dreizehn auf sechsundzwanzig Wochen ausdehnt, auf höchstens ein Sechstel der bisherigen. Er stellt aber die Forderung auf, daß die Kassenkosten überhaupt nicht erhöht werden sollen, und erklärt dieses Ziel für erreichbar, wenn man an Stelle der „jetzt bestehenden Zersplitterung“ der Kassen Zentralisation einführt. An Stelle der zahlreichen nach Berufen geschiedenen Kassen soll an einem Orte nur eine alles vereinigende große Kasse geschaffen werden, wodurch viele Unbequemlichkeiten für die Arbeitgeber und die Arbeiter und viele Verwaltungskosten erspart würden.

Es fragt sich, ob es eines Reichsgesetzes bedarf, um so einleuchtende Vorteile den Kassen, die ja das Recht der Vereinigung haben, klar zu machen. Auch könnte man den Nachteilen der Mannigfaltigkeit ihre Vorteile gegenüber stellen. Es ist doch denkbar, daß gerade die Vielzahl aller möglichen Kassen es erlaubt, für jeden Zweck und jeden Wunsch die passendste auszusuchen. Der